

Ostfriesische Zeitschwingen.

Blätter

zur Besprechung vaterländischer Interessen.

N^o. 41.

Mittwoch den 11. October

1848.

Die Ostfriesischen „Zeitschwingen“ erscheinen zwei Mal wöchentlich, des Sonntags und Mittwochs, je einen halben Quartbogen stark. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 12 Ggr. Alle Buchhandlungen, so wie die Königl. Hannoverschen Postämter nehmen Bestellungen entgegen. — Beiträge werden franco entweder unter Adresse des Redacteurs oder der Verlagshandlung erbeten.

Was ist Sozialismus?

(Schluß.)

Der berühmte Nationalöconom Adam Smith stellte den Satz auf, daß Arbeit den alleinigen Reichtum eines Landes ausmache; obgleich er nun selbst die Consequenzen dieses einseitigen Satzes nicht zog, so eroberte er doch dadurch ein ganz neues Gebiet der Staatsöconomie, und ward zum Heiland der unteren Classen. Seit seiner Zeit hat die Agitation für das Wohl der unteren Classen nicht aufgehört, und jetzt hat sie die politische Bresche erstürmt, durch welche sie in die Gesellschaft einzieht.

Fragen wir nun das absolute Recht, so ist es un- zweifelhaft, daß das oberste Gesetz der Arbeitsbelohnung sein sollte. „Ein Jeder nach seinem Verdienste“. Nichts wäre gerechter, schöner; aber nichts ist auch ein so sehr in die Ferne gerücktes Ideal, nichts verlangt eine längere und größere Borearbeit. Daß aber dieses das Ziel der Menschheit sein wird und muß, ist uns unzweifelhaft; für jetzt aber ist es, Gott verzeihe es denen, die bisher der Völker Geschichte leiteten, eine müßige Frage, und wir haben bloß nach dem relativen Rechte zu fragen.

Dieses relative Recht verlangt theils Anbahnung zur absoluten Forderung, theils augenblickliche Hülfe.

Progressive Steuern, Steuerfreiheit aller Einnahme bis 200 Thaler, unentgeltlicher Unterricht, Staatsarbeiten zc. sind hier Hülfsmittel, die die nächste Zeit bringen wird; aber theils werden sie Tropfen im Meere sein, theils häufig, wenn nicht richtig angewandt, grade das Gegentheil hervorrufen; z. B. ein zu starkes progressives Steuersystem; die Hauptmittel sind andere.

Voran steht das Prinzip der Association der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, allerdings ein bis jetzt noch hasenloses, klippenreiches Meer der Versuche, aber ein durch die Nothwendigkeit und durch die Gerechtigkeit gegebenes. Die Kräfte des Capitals und die der Arbeit müssen abgewogen, und in ihr richtiges Verhältniß gebracht werden, die Maschinenkraft auf Arbeiterkraft reducirt, und dann richtig besteuert, der Gewinn nach diesen Factoren unter Capital und Arbeit vertheilt, und so dem Arbeiter Gelegenheit eröffnet werden, selbst Capital zu erwerben.

Wir kennen sehr gut die Schwierigkeiten, die viele unserer Leser uns als Unmöglichkeit vorstellen werden, die leicht entstehende Trägheit der Arbeiter, die Unmöglichkeit der Concurrenz mit andern Ländern, das Fortziehen des Capitals in andere Länder, oder das Verwenden auf andere Gegenstände, oder das ängstliche Zurückziehen, die immer größer werdenden Forderungen

der Arbeiter, der Wahnsinn, die Maschinen, welche den Nationalreichtum erhöhen, besteuern zu wollen, die Unmöglichkeit, das nur einigermaßen billige Prinzip der Ausgleichung zu finden u. c.; wir verkennen dieses Alles nicht, und halten trotz dem an unserer Forderung fest und rathen jeden Besizenden zur eifrigen Unterstützung an, wenn nicht statt Sozialismus wilder Communismus herrschen soll. Unsere Zeit ist eine Uebergangsperiode, und die Maschinen sind so lange noch nicht zu ihrer Erfüllung gekommen, als sie dem Menschen nicht den größten Theil der mechanischen Arbeit abgenommen haben; kein Mensch sollte ein Schornsteinfeger sein müssen, kein Kind 12 Stunden arbeiten, Niemand ohne Unterricht und Religion aufwachsen. Kommen wird die Zeit, wo der Sozialismus seine practischen Prinzipie gefunden hat; nichts ist thörichter, als ihn ignoriren, nichts natürlicher, als daß tausende ihn noch nicht verstehen, oder nicht verstehen wollen.

Erkennen wir also im Prinzip der Association, wie in politischer, so auch für die Zukunft in sozialer Beziehung das zwar noch nicht gelöste, aber doch der Lösung nahe Haupt-Heilmittel der Gesellschaft, so steht die hieran sich schließende Forderung des Sozialismus sicher und bestimmt vor uns. Sie heißt bessere und gerechtere Verwendung der Staatseinnahmen; hier kann unendlich viel gebessert werden und freudig sieht man, wie in ganz Deutschland dieß erkannt und zum Theil schon ausgeführt wird.

Wir müssen hier nun wieder die absoluten Forderungen von den relativen sondern. Das absolute Gesetz für die Verwendung der Staatseinnahme würde zuerst nach dem Beitrage eines jeden, sowohl dem Capital als der Arbeit nach, fragen, und dann hiernach die Verwendung reguliren. Noch aber hat die Arbeit ihr Recht gegenüber dem Capital nicht gefunden, und daher ist bisjezt die Verwendung der Staatseinnahmen gewöhnlich im Interesse des Capitals geschehen, was zur furchtbarsten Tyrannei z. B. bei der französischen Nordbahn stieg.

Die relative Forderung verlangt theils ein progressives Steuersystem, aber keineswegs Verringerung der Staatseinnahmen, sondern eine Verwendung zu sozialen Zwecken.

Das Beamten- und Soldatenheer muß verringert werden, vorzüglich das Letztere; denn glauben wir auch nicht mit Ruge, daß die stehenden Heere ganz entbehrt

werden können, und vertrauen wir auch nicht, daß die Menschheit sich nach den Forderungen des Brüsseler Friedenscongresses richten wird, so ist doch die Militairwirtschaft eine Hauptursache unserer traurigen Zustände. Wären die Millionen, in Preußen fast die Hälfte der Einnahme, die Verschwendung der Arbeitskraft auf Cultivirung des Bodens, Förderung der Industrie, des Handels, Unterstützung der Auswanderungen und ähnlichen Verlangen des sozialen Zustandes verwandt, wahrhaftig es stände besser um die Welt.

Das Beamtenheer muß verringert, vor allen die Einnahme der höhern heruntergesezt, der Pensionsunfug abgestellt, und die unnützen Staatshämorrhoidarier dem thätigen Erwerbe wiedergegeben werden. Englands Verwaltung und v. Vinke's Bemerkungen über dieselben mögen hierin jeden belehren, der weitere und genauere Belehrung wünscht.

* **Frankfurt**, den 28. September. Die blutigen Ereignisse, welche am 18. d. M. der Abstimmung der Reichsversammlung über den Waffenstillstand mit Dänemark am 16. d. M. folgten, legen den Mitgliedern der Minderheit gewissermaßen die Verpflichtung auf, diese Vorgänge öffentlich zu besprechen: weil aus den Reihen der Mehrheit dieses eben so unsinnige als verabscheuungswerthe Blutbad benutzt wird, um der Minderheit Beweggründe zu unterstellen oder Handlungen anzudichten, als deren Vertreter wohl kaum einzelne Mitglieder der äußersten Linken sich betrachtet wissen wollen.

Diejenige politische Partei der Reichsversammlung, welche mit dem Gesamtnamen der Linken bezeichnet wird, besteht aus folgenden Bruchtheilen:

äußerste Linke	(Donnersberg)	33 Mitglieder
gemäßigte Linke	(Deutscher Hof)	56 „
linkes Centrum	(Westendball)	48 „
	(Würtemb. Hof)	64 „

zusammen etwa 201 Mitglieder, während die drei Bruchtheile der Rechten etwa 219 Mitglieder enthalten. Die übrigen Mitglieder der Reichsversammlung gehören keinem Klubb an und da sie, bei der fast gleichen Stärke der beiden politischen Haupttheile, häufig den Ausschlag geben; so ist erklärlich weshalb in neuerer Zeit die Beschlüsse bald rechts bald links sich geneigt haben.

Die Richtung und Absichten der Parteien können richtig nur aus ihren Programmen und aus ihren Abstimmungen beurtheilt werden; weniger zuverlässig aus den Handlungen einzelner Mitglieder, obgleich solche mit in Betracht kommen, wenn sie die Billigung der Partei finden. Wenn man nun nach diesen Maßstäben die äußerste Linke charakterisirt, so ergibt sich, daß ihr Zweck: die Republik ist, als Gesamtform für Deutschland sowohl, wie als Form der Verfassung der Einzelstaaten; ihre Mittel sind Propaganda und fortwährende Aufregung; sie mißbilligen deshalb den Bürgerkrieg und den Straßenkampf nur — wenn er mißlang. Die äußerste Linke veranstaltet regelmäßig öffentliche Versammlungen der Mitglieder ihrer Partei aus dem Volke, wohnt denselben bei und hält Reden um die Organisation als Partei zu kräftigen und Instruction wegen der nächsten Richtung der Bestrebungen zu ertheilen. Von der äußersten Linken ging der Antrag aus, daß in Folge der Abstimmung über den Waffenstillstand die gesamte Linke austreten und als besondere Reichsversammlung sich erklären möge. Allein dieser Antrag (in einer, am Sonntag den 17. September Abends also vor dem Straßenkampfe gehaltenen Versammlung aller Fractionen der Linken gestellt) wurde namentlich von den Mitgliedern des Clubs Westendhall so erfolgreich bekämpft, daß er nur 19 Stimmen für sich hatte: obgleich während der Berathung einige Tausend der Männer, welche am Nachmittag die Versammlung auf der Pfingstweide gebildet hatten den Saal umlagerten und durch eine Deputation geradezu die schwersten Drohungen gegen diejenigen Mitglieder der Linken, welche nicht austreten würden, richteten. Der Angriff auf die Paulskirche am folgenden Tage galt also nicht allein der Rechten, sondern ebenso gut der Mehrzahl der Mitglieder der Linken. Schon am Sonnabend den 16. September war die Einschüchterung des Clubs Westendhall durch Verwüstung seines Versammlungslokals, versucht.

Die gemäßigte Linke unterscheidet sich sowohl in Zweck als Mitteln von der äußersten Linken, obgleich einzelne Mitglieder zum Donnersberg hinüberneigen. Ihr Ideal ist allerdings auch die Republik, allein sie halten Deutschland im Einzelnen noch nicht reif für diese Staatsform, gestehen vielmehr zu, daß für jetzt die radikale Umgestaltung der Verfassungsformen der Einzelstaaten nur eine kleine Minderzahl für sich habe.

Sie beschränken deshalb vorläufig ihre Parteithätigkeit auf die Herbeiführung möglichst demokratischer Beschlüsse, namentlich für die Verfassung, und für eine republikanische Spitze als Reichsgewalt. Das schließt allerdings nicht aus, daß Einzelne gelegentlich bei Volksversammlungen radikale Reden halten, oder in der Paulskirche den Aufstand und die Republik vertheidigen. Ihr charakteristisches Unterscheidungszeichen von der äußersten Linken ist eigentlich, daß sie nicht jedes Mittel billigen, was im Donnersberg ohne Bedenken angewendet werden würde, und daß sie die Zustände und die Stimmung in Deutschland richtiger würdigen und gerechter gelten lassen, als die Partei im Donnersberg.

Das linke Centrum zerfällt in zwei Abtheilungen, Westendhall und Würtemberger Hof, die nur durch mehr oder minder entschiedenes Auftreten sich unterscheiden. Die Trennung der Abtheilung Westendhall vom Würtemberger Hofe fand Anfangs August Statt, weil die Mitglieder von Westendhall das damals aus der Rechten gebildete Ministerium nicht unterstützen wollten; während die im Würtemberger Hofe bleibenden Abgeordneten dazu sich verpflichtet fühlten, (obgleich davon später nicht selten abgewichen ist) weil einige Mitglieder des Ministeriums damals dem Würtemberger Hofe angehörten (R. Mohl, Wiedemann, Fallati). Jene Trennung war auch deshalb nöthig, weil bei der Auslegung und Anwendung mancher Prinzipienfragen zuweilen weit auseinander gehende Ansichten laut wurden.

Westendhall und Würtemberger Hof haben nachstehendes gemeinschaftliches Programm:

1. Wir wollen, daß der verfassungsgebende deutsche Reichstag selbstständig die allgemeine deutsche Verfassung gründe. —

Wir verwerfen somit die Ansicht, daß der Reichstag in dieser Beziehung auf dem Boden des Vertrages mit den einzelnen deutschen Regierungen stehe.

Wir erachten hierdurch eine Berücksichtigung der von den deutschen Regierungen an den Reichstag gebrachten und von diesem geeignet betundenen Ansichten nicht ausgeschlossen.

2. Wir wollen, daß die zu gründende deutsche Bundesverfassung in allen Theilen die Souverä-

netät des deutschen Volkes zur Grundlage habe und diese Grundlage sichere.

3. Wir wollen, daß die Souverainetät der einzelnen deutschen Staaten denjenigen Beschränkungen, und nur denjenigen Beschränkungen unterworfen werde, welche zur Begründung eines einigen und kräftigen Bundesstaates erforderlich sind.

4. Wir erachten alle übrigen Fragen zur Zeit für offene. — —

Schon aus diesem Programm ergibt sich die, für die richtige Kenntniß der Parteistellungen wichtige Thatsache:

daß die beiden Abtheilungen des linken Centrums zwar (wie auch schon der Name andeuter) zur Linken gehören, denn sie wollen, daß die Reichsversammlung aus eigener Machtvollkommenheit (welche aus der vom deutschen Volke ihr übertragenen Gewalt entspringt) die Neugestaltung Deutschlands schaffe; daß aber daneben, wo immer möglich, die bestehenden Verhältnisse geschont, auch die Umgestaltung mit thunlichster Berücksichtigung der Ansichten der Regierungen bewirkt werde.

Schon hieraus erhellt ferner, daß zwar das linke Centrum in sehr wichtigen, grundsätzlichen Fragen — z. B. die gesetzlichen Freiheiten des deutschen Volkes, die Stellung der Einzelstaaten zur Reichsgewalt, die Art der Schaffung eines einigen kräftigen Vaterlandes, die Art des Auftretens gegen das Ausland, die materiellen Interessen des Volks u. s. w. betreffend — mit der gemäßigten und selbst der äußersten Linken übereinstimmt. Allein man darf nur zwei Unterschiede anführen: daß das linke Centrum lediglich auf dem streng gesetzlichen Wege durch gesetzlich erlaubte Mittel sein Ziel erreichen will, und daß es stets unbedingt die Beschlüsse der Mehrheit anerkennt; um darzulegen, wie durchaus unrichtig es ist, wenn man alle Bruchtheile der Linken in der deutschen Reichsversammlung als gleichartig in Zwecken und Mitteln betrachtet.

Das rechte Centrum in der Mainluft würde sehr dagegen protestiren, wenn man ihm die Reactionsgefühle oder den ultramontanen Jesuitismus der äußersten Rechten (Steinernes Haus) Schuld gäbe, weil es zur Rechten gehört; oder wenn man ihm die particularistischen, doktrinären, halbliberalen, matten Grundsätze der gemäßigten Rechten (Casino) beimessen wollte, weil es gewöhnlich mit der Rechten stimmt.

In der Frage über den Waffenstillstand mit Dänemark hat die gesammte Linke als Partei für die Verwerfung gestimmt. Trägt sie deshalb als Partei die Schuld der Aufregung, welche durch die Genehmigung veranlaßt ist, oder der Mordthaten, für welche die Genehmigung als Vorwand gedient hat? Wenn überall behauptet werden könnte, daß jener Beschluß zu diesen Ereignissen geführt habe, so hätte doch jedenfalls nur die Mehrheit dazu eine indirecte Veranlassung gegeben. Oder will man etwa auch die sonstigen Folgen des Genehmigungsbeschlusses (verdoppelte Insolenz des Kopenhagener Casino-Ministeriums, Nichtentschädigung unserer Kaufleute und Rheder u. s. w.) der Minderheit, also der Linken beimessen? obgleich dieselbe vorhergesagt hat, daß es so kommen werde.

Keinesweges hege ich die Hoffnung, daß diejenigen Blätter, welche bewußt oder unbewußt der Reaction dienen, indem sie die Linke der deutschen Reichsversammlung als Partei bei ihren Lesern systematisch in Mißcredit zu bringen suchen, durch diese Darstellung bekehrt werden. Allein sie sollen wenigstens die **Wahrheit über die Stellung der verschiedenen politischen Parteien** kennen lernen, was nur von dem Innern der Paulskirche aus geschehen kann, und im Vorenthaltenen geschehen ist. —

Zur Erkenntniß der Folgen ihres Treibens werden die unbewußten Diener der Reaction in der Presse erst dann kommen, wenn die Partei des alten Polizeistaats durch die Anfeindungen der Linken ermutigt den entscheidenden Streich führt und dann eine neue Revolution die Republik oder die Anarchie über unser Vaterland bringt.